



## Protokoll der 29. Sitzung des Einwohnerrates

vom 28. Oktober 2015, 17.00 Uhr, im Landratssaal

---

**Anwesend:** 37 Mitglieder

**Entschuldigt:** Ratsmitglieder Gutzwiller Rolf, Küng Peter und Stoll Hanspeter  
Stadträtin Schafroth Marion

### Traktanden

### Laufnummer

Traktandenliste:

*://: Der Rat beschliesst einstimmig die Dringlichkeit der Interpellation „Lohnabbau“ (Nr. 2015/206) von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion*

- |    |   |                       |
|----|---|-----------------------|
| 1. | Lohnabbau - Dringliche Interpellation „Kein Lohnabbau bei den Liestaler Angestellten“ von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion<br><i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>  | 2015/206              |
| 2. | Protokoll vom 23. September 2015<br><i>://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.</i>  | -                     |
| 3. | ICT / Informations- und Kommunikationstechnologien und Medien als Unterrichtsmittel und Lerninhalt an der Primarschule als Teil der Umsetzung des Deutschschweizer Lehrplans 21 verpflichtend ab Schuljahr 2015/2016 - Bericht der Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)<br><i>://: Dem Sondervorlagenkredit in der Höhe von 275'000.-- wird mit 36 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.<br/>://: Die jährlichen Kosten für die Wartung und Unterhalt ab August 2015 in der Höhe von CHF 36'000.-- werden mit 36 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung bewilligt.</i>  | 2015/188<br>2015/188a |
| 4. | GEP / Genereller Entwässerungsplan, Revision - Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK)<br><i>://: Der Bruttokredit von TCHF 442.8 (inkl. MwSt.) für die GEP-Revision wird einstimmig genehmigt.</i>   | 2015/189<br>2015/189a |
| 5. | Ausgleichsinitiative - Nichtformulierte Initiative (Gemeindeinitiative) über den Ausgleich der Sozialhilfekosten „Ausgleichsinitiative“; Bericht Stadtrat zum Postulat „Gemeindeinitiative für eine fairere Verteilung der Sozialhilfekosten unter den Gemeinden“ von Lisette Kaufmann der Grünen Fraktion und Patrick Mägli der SP-Fraktion<br><i>://: Der Rat beschliesst einstimmig, die nichtformulierte „Ausgleichsinitiative“ zu unterstützen.<br/>://: Der Stadtrat wird einstimmig ermächtigt, die Initiative notwendigenfalls zurückzuziehen.<br/>://: Einstimmig wird Grellingen als federführende Gemeinde bezeichnet.<br/>://: Das Postulat Nr. 2015/178 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.</i> | 2015/205<br>2015/178  |

6. WLAN im Stedtli - Bericht Stadtrat zum Postulat „Öffentliches WLAN im Stedtli zur Attraktivitätssteigerung der Liestaler Innenstadt“ von Corinne Hügli der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2015/172  
2015/172a  
*://: Vom stadrätlichen Bericht zum Postulat Nr. 2015/190 wird einstimmig Kenntnis genommen und einstimmig der Abschreibung des Postulates mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung zugestimmt.*
7. Quartierplanung Ziegelhof - Interpellation „QP Ziegelhof - wie weiter?“ von Diego Stoll der SP-Fraktion und Thomas Eugster der FDP-Fraktion 2015/201  
*Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.*
8. Social Media - Postulat „Social Media Präsenz der Stadt Liestal“ von Fabian Eisenring der SP-Fraktion 2015/202  
*Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.*

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur heutigen Ratssitzung.

### **Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) orientiert kurz über einige Punkte der letzten Bürositzung:

- Das Schreiben von Ratsmitglied Heinz Lerf (FDP) betreffend seinem Rücktritt per 31. Oktober 2015 ist an der letzten Ratssitzung verlesen worden. Er war beinahe 12 Jahre im Einwohnerrat, wovon 8 Jahre in der FIKO, welche er während 7 Jahren auch präsiert hatte. Zudem hatte er den Rat im Amtsjahr 2014/2015 präsiert. Sie wünscht ihm für die Arbeit auf der kantonalen Politbühne viel Freude.
- Im September 2015 hatte sich Ratsmitglied Fabian Eisenring (SP) verheiratet. Dem Hochzeitspaar wird gratuliert und für den gemeinsamen Lebensweg die besten Wünsche des Einwohnerrates mitgegeben.
- Das Budget 2016 (Nr. 2015/203) wird von der FIKO sowie der BPK vorberaten und das Geschäft auf die Sitzung vom 09. Dezember 2015 traktandiert.
- Der Entwicklungsplan 2016-2020 (Nr. 2015/204) wird von der FIKO, der BPK und der SBK vorberaten und dieses Geschäftes an der Sitzung vom 16. März 2016 behandelt.
- Die Büromitglieder treffen sich in der Pause kurz zu einer kurzen Bürositzung.
- Ebenfalls möchten sich die GOR-Mitglieder in der Pause beim Präsidenten Markus Rudin einfinden.

### **Tischpapiere**

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, rosa
- Einladung zu Vereinsehrung und Sportpreisverleihung vom 13.11.2015
- Protokoll der Sitzung vom 23.09.2015, ER-Vorlage „Ausgleichsinitiative“ (Nr. 2015/205)
- Neue Vorstösse Nr. 2015/206 - Nr. 2015/209

### **Neue persönliche Vorstösse**

- Dringliche Interpellation „Kein Lohnabbau bei den Liestaler Angestellten!“ von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2015/206)
- Interpellation „Es tut sich was im Gebiet Ergolz/Orisbach - aber wann und wie?“ von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2015/207)
- Interpellation „Sinnvolle Abhängigkeit von der kantonalen Personalgesetzgebung?“ von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion (Nr. 2015/208)
- Interpellation betreffend „Sanierung Umfahrung Liestal: Prüfung Variante Schleifenbergtunnel“ von Anna Otte namens der Grünen Fraktion (Nr. 2015/209)

### **Stimmzähler/innen**

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- |                                |  |
|--------------------------------|--|
| - Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL)                       |
| - Werner Fischer (FDP)         | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP)             |
| - Patrick Mägli (SP)           | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

### **Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen**

Von den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

### **Mitteilungen des Stadtrates**

Stadtpräsident Lukas Ott informiert darüber, dass am 06. November 2015 um 10.00 Uhr im Rathaus eine Medienorientierung betreffend dem Ausbau des Bahnknoten in Liestal stattfinden wird, zu welcher auch die Ratsmitglieder noch schriftlich eingeladen werden.

Stadtrat Franz Kaufmann hält fest, dass der tödliche Unfall einer Velofahrerin bei der Kreuzung Militärstrasse/Rosenstrasse vom letzten August bereits im Zusammenhang mit einer Interpellationsbeantwortung thematisiert wurde. Das Tiefbauamt des Kantons und die Stadt haben einen Verkehrsexperten mit weiteren Abklärungen beauftragt. Gemäss nun vorliegendem Bericht kann darüber informiert werden, dass die Signalisationen im Grundsatz richtig sind und die Verengung der Zufahrt ab der A22 mittels Leitplanken sowie das Zurückschneiden oder gar Fällen von Sträuchern sowie Bäumen im betreffenden Gebiet vorgeschlagen werden. Die vorgeschlagenen Massnahmen werden umgesetzt.

Stadtrat Franz Kaufmann sagt, dass diese Woche die Anwohnerschaft und die Detaillisten der Rathausstrasse sowie die Einwohnerratsmitglieder über die bevorstehende Rathausstrassen-Sanierung im 2017 informiert wurden.

## **Traktandenliste**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass für die heutige Sitzung von Ratsmitglied Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) die dringliche Interpellation „Kein Lohnabbau bei den Liestaler Angestellten!“ (Nr. 2015/206) eingereicht wurde.

Der neue Vorstoss ist traktandiert worden und die Fragen des Interpellanten würden vom Stadtrat an der heutigen Sitzung beantwortet, sollte der Rat mit einer Zweidrittelmehrheit die Dringlichkeit der Interpellation beschliessen. Zuerst möchte nun der Interpellant die Dringlichkeit seines Vorstosses begründen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält als Interpellant fest, dass die Direktbetroffenen raschmöglichst wissen sollten, was Sache ist, damit Spekulationen vermieden werden können.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass betreffend der Dringlichkeit des Vorstosses keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig beschliesst der Rat, dass die Interpellation Nr. 2015/206 „Lohnabbau“ dringlich an der heutigen Sitzung zu behandeln ist.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und die Geschäfte somit gemäss Traktandenliste und Einladungsschreiben behandelt werden.

**311 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**1. Lohnabbau - Dringliche Interpellation „Kein Lohnabbau bei den Liestaler Angestellten!“ von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2015/206)**

Die dringliche Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal  
Stefan Fraefel  
CVP/EVP/GLP-Fraktion*

*Liestal, 23. Oktober 2015*

***dringliche Interpellation***

***Kein Lohnabbau bei den Liestaler Angestellten!***

*Der Landrat hat am 22. Oktober 2015 den Lohn des Baselbieter Staatspersonals durch Anpassung der Lohntabellen pauschal um 1% gekürzt. Die Angestellten vieler Gemeinden trifft dies unmittelbar, da die Gemeindereglemente auf die Lohntabellen des Kantons verweisen. Ob Liestal auch davon betroffen ist, erscheint nicht völlig klar, da das Liestaler Personalreglement zwar auch auf die kantonalen Lohntabellen verweist, jedoch auf eine bestimmte (ältere) Version. Dennoch herrscht eine gewisse Unsicherheit in Liestal, die mit Beantwortung dieser Interpellation geklärt werden kann. Denn eine solche Lohnkürzung ist für das Gemeindepersonal ungerecht, zumal die desolante Finanzlage des Kantons nichts mit den Gemeinden zu tun hat.*

*Ich ersuche den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:*

- 1. Hat die Kürzung der kantonalen Lohntabellen um 1% Auswirkungen auf das Personal (oder Teile davon) der Stadt Liestal?*
- 2. Wenn ja, ist der Stadtrat gewillt, durch geeignete Gegenmassnahmen eine solche Lohnkürzung zu verhindern?*
- 3. Wenn nein, warum nicht? / Wenn ja, welche Massnahmen sind vorgesehen?*

***zur Dringlichkeit***

*Das Thema ist für die Liestaler Angestellten von hoher Bedeutung. Sie haben ein Recht auf eine schnellstmögliche Antwort. Die Lohnkürzung – wenn es sie denn gibt – tritt schon per 1.1.16 in Kraft. Gegenmassnahmen müssten daher sofort an die Hand genommen werden. Es gilt keine Zeit zu verlieren!*

\* \* \* \* \*

Stadtpräsident Lukas Ott hält fest, dass das Personal wohl wisse, wie der Stadtrat mit dieser Frage umgehe und im Zusammenhang mit dem Budget 2016 diesbezüglich bereits informiert wurde.

Zur Frage 1: Für den Stadtrat ist es unbestritten, dass das Personal seinen Lohn verdient und so möchte der Stadtrat auch nicht einfach dem Kanton blindlings folgen. Liestal ist in einer Entwicklungsphase und ist auch in Zukunft auf motivierte Mitarbeiter angewiesen, damit all die anstehenden Aufgaben gemeistert werden können. Rechtlich gesehen liegt die Antwort in § 35 des Personalreglementes von Liestal, in welchem auf das kantonale Lohnklassensystem verwiesen wird. Dies aber ausdrücklich mit dem Vorbehalt, dass im Bereich des Teuerungsausgleiches sowie der Realloohnerhöhungen der Einwohnerrat im Rahmen vom Budget beschliessen kann. Es kommt somit zu keinem Automatismus betreffend Er-

höhungen oder Kürzungen im Lohnbereich des Kantons für die Stadt. Und so kann man in einem GOR-Bericht betreffend dem Personalreglement im Jahre 2002 nachlesen, dass Anpassungen des Kantons von der Stadt nicht automatisch nachvollzogen werden. In dem vom Stadtrat bereits verabschiedeten Budget 2016 wird dem Rat nicht beantragt, dass eine Lohnkürzung von 1 % vorgenommen werden soll. Damit dürften auch die Fragen 2 und 3 des Interpellanten beantwortet sein.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält als Interpellant fest, dass er die Diskussion wünsche.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass vom Rat die Diskussion nicht bestritten wird.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) führt aus, die stadträtlichen Antworten freuen ihn. Ihm ist betreffend der Umsetzung nicht klar, ob es nun Liestal-spezifische Lohntabellen in der Folge des stadträtlichen Entscheides brauche.

Daniel Spinnler (FDP) meint, er habe mit der von ihm eingereichten neuen Interpellation Nr. 2015/208 die Abhängigkeit von der kantonalen Personalgesetzgebung ebenfalls thematisiert, zumal sich der Stadtrat in der Vergangenheit ja immer an die Entscheide des Kantons angelehnt hatte, was nun aber im Zusammenhang mit der beschlossenen Lohnkürzung des Kantons nicht der Fall sein soll. Eine Abkoppelung vom Kanton findet er grundsätzlich auch gut, wozu er sich aber bei der Behandlung seines Vorstosses noch äussern wird.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) ergänzt, dass vom Landratsentscheid natürlich die Löhne der Lehrer von Liestal betroffen sind.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft und dem Vorstoss keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2015/206.*

**312 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**2. Protokoll vom 23. September 2015**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend dem letzten Sitzungsprotokoll eingegangen sind.

Sie kann feststellen, dass zum Geschäft und dem Protokoll keine Wortbegehren aus der Ratsmitte angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 23. September 2015 wird einstimmig genehmigt.

**313 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**3. ICT / Informations- und Kommunikationstechnologien und Medien als Unterrichtsmittel und Lerninhalt an der Primarschule als Teil der Umsetzung des Deutschschweizer Lehrplans 21 verpflichtend ab Schuljahr 2015/2016 - Bericht der Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (Nr. 2015/188)**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Verena Baumgartner (GL) stellt den Bericht der Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) gemäss Vorlage Nr. 2015/188a kurz vor: Die ICT-Anschaffungen wurden mit der Umstrukturierung betreffend sechs Primarschulklassen sowie dem Lehrplan 21 nötig. Die Neuanschaffungen basieren auch auf einem Landratsentscheid und wurden auch in der SBK nie bestritten, da vom Stadtrat. Die vom Stadtrat im Voraus abgelehnte OpenSource-Lösung wurde in der Kommission rege diskutiert, doch habe man gelernt, dass man mit der vorgeschlagenen Lösung von den Servern und dem Support der Stadt profitieren kann. Die Software Puavo hat zwar viele Vorteile, doch macht es Sinn, die vorhandenen Synergien der Stadt zu nutzen. Auch wurde das Angebot „Schulen ans Netz“ diskutiert und festgestellt, dass dies eine gute und kostengünstige Lösung für die Internetsicherheit ist. Ganz grundsätzlich hatte man die ICT-Notwendigkeit an der Primarschule diskutiert, doch macht es Sinn, dass man den Umgang mit diesen Medien schon früh an der Schule lernt. Die Anschaffung hat nicht das Ziel, dass künftig alle Schüler über einen eigenen Computer oder Laptop verfügen, sondern dass die Geräte ergänzend zum Regelunterricht eingesetzt werden können. Der Anschaffungsplan des Stadtrates wird als sinnvoll und angemessen beurteilt und deshalb wird auch die Zustimmung des ersten Antrages empfohlen. Der zweite Antrag des Stadtrates war für die SBK zu ungenau, fehlte doch die Auflistung der Abschreibungen. Die Kommission beantragt deshalb, dem zweiten Antrag mit der Ergänzung der SBK betreffend den Abschreibungen zuzustimmen. Sie habe sich zwischenzeitlich belehren lassen, dass Abschreibungen nicht vom Rat zu beschliessen sind, da diese nicht in der Kompetenz des Einwohnerrates liegen. Dazu wird sich der Stadtrat noch äussern. Sie wäre dankbar dafür, wenn solche Anmerkungen in den Kommissionen künftig früher angebracht würden.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) erkundigt sich, ob denn nun der zweite Antrag der SBK gemäss Vorlage Nr. 2015/188a weiter bestehen bleibt.

Verena Baumgartner (GL) bejaht die Frage, da die SBK diesen Antrag einstimmig beschlossen hatte.

Stadtpräsident Lukas Ott nimmt Bezug auf den bereinigten zweiten SBK-Antrag und hält betreffend der Ergänzung bezüglich den Abschreibungen fest, dass diese nicht in die Beschlüsse des Rates gehören sollten. Für alle Ein- und Ausgaben müssen rechtliche Grundlagen vorhanden sein, und dies ist auch betreffend der Abschreibungen bei § 11 der Gemeinderechnungsverordnung geregelt. Ein Einwohnerratsbeschluss gemäss SBK-Antrag braucht es nicht, denn die Abschreibungen in der Summe ergeben ja schlussendlich auch wieder den Gesamtbetrag der Investition. Die bisherige Praxis möchte man nun nicht ändern.

Patrick Mundschin (CVP/EVP/GLP) stellt den Antrag, dass das Geschäft zurückgewiesen wird. Die Kosten für die Anschaffungen während mehrerer Jahre sind nicht unerheblich und spätere Programmwechsel dürften beispielsweise sehr schwierig sein. Die Argumentation betreffend der Ablehnung der OpenSource-Lösung war zu wenig plausibel und es wurden auch keine Kostenvergleiche gemacht. Bei einer Rückweisung sollte deshalb die OpenSource-Lösung und auch die Tablet-Lösung nochmals genauer angeschaut werden.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) verliest den Antrag und stellt fest dar, dass es zuallererst nur um den gestellten Ordnungsantrag geht, bevor man inhaltlich weiter über das Geschäft diskutiert.

Diego Stoll (SP) unterstützt das vorgeschlagene Vorgehen der Ratspräsidentin.

Roman Schmied (GL) unterstützt den Antrag und eine genauere Prüfung. Aus den vorliegenden Vorlagen geht nicht hervor, ob es bei den OpenSource-Programmen um das Betriebssystem oder die Nutzersoftware geht, was nicht gerade für eine kompetente Betrachtung spricht. Ausserdem ist das OpenSource-Betriebssystem weltweit verbreitet. Das alleinige Argument betreffend der Nutzung von bestehenden Synergien ist schon etwas einfach und die Ablehnung von OpenSource wird wohl eher aus ideologischen, als aus sachlichen Gründen abgelehnt.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) meint, man sollte dem Geschäft nochmals eine Chance geben und dieses nochmals gründlich anschauen, wird doch dafür viel Geld in den nächsten Jahren ausgegeben. Wie bereits erwähnt, ist das Linux-Produkt sehr verbreitet und den Schülern dürfte das Betriebssystem egal sein, da diese wohl sowieso nur die Anwendungen interessieren. Notebooks gibt es schon lange und sind praktisch, doch werden diese wohl länger und mehr aussterben, da der Trend immer mehr zu reinen Work-Stationen geht und so ist die beantragte Neuanschaffung nicht gerade sehr nachhaltig.

Bernhard Bonjour (SP) führt aus, selbst als Laie sei er beim lesen der beiden Vorlagen zu diesem Geschäft misstrauisch geworden. Dass sich eine Gemeinde als öffentlich Institution für die OpenSource-Variante entscheidet, findet er doch logisch, denn damit werden keine Abhängigkeiten von einem mächtigen internationalen Konzern geschaffen. Die Nein-Antwort war ihm schon etwas zu knapp, ungenügend bzw. zu wenig begründet. Und nach gemachten eigenen Erfahrungen als Lehrer an einem kantonalen Gymnasium ist er der Meinung, dass die Dezentralisierung im IT-Bereich wesentlich besser als bei einer Zentralisierung funktionieren wird. Er bevorzugt eine lokale Betreuung und sehe keine Vorteile bei einer Synergiennutzung betreffend Wartung und Support. Er wird den Rückweisungsantrag auch unterstützen.

Thomas Eugster (FDP) äussert, seine Fraktion wird sich dem Rückweisungsantrag nicht widersetzen und ist immer an günstigen Lösungen interessiert. Er frage sich aber schon, weshalb die Mittefraktion ihre Einwände und Fragen nicht in der Kommissionsberatung der SBK eingebracht habe. Vom Stadtrat möchte er noch erfahren, was die Folgen einer Rückweisung wären. Primär geht es ja beim vorliegenden Geschäft um Hardware-Anschaffungen und gemäss Auskunft von Sachverständigen spielt es gar keine grosse Rolle, über welches Betriebssystem die Schulsoftware laufen wird. Und wie er von Lehrern erfahren hatte, bevorzugen diese eher Laptops als Tablets, da diese robuster und langlebiger sind.

Hanspeter Meyer (SVP) bezeichnet sich selbst auch als Laien und dennoch befremdet ihn die heutige Diskussion etwas. Denn es ist ein Affront gegenüber der SBK, wenn man erst heute im Einwohnerrat all die Fragen und Bedenken vorbringt, die wohl doch schon eher in der Kommission hätten thematisiert und geklärt werden sollen. Wenn eine nochmalige Überprüfung des Geschäfts tatsächlich Sinn machen sollte, so wird auch seine Fraktion den Rückweisungsantrag unterstützen und sich nicht widersetzen.

Dominique Meschberger (SP) erklärt als SBK-Mitglied, dass man wegen Zeitmangel verschiedene Fragen und Unklarheiten in der Kommission nicht vertieft angeschaut hatte. Obwohl sie die einstimmigen SBK-Anträge auch unterstützt hatte, wird sie heute dem Rückweisungsantrag zustimmen.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) macht darauf aufmerksam, dass eine Minderheit der Mittefraktion den Rückweisungsantrag nicht unterstützen wird. Die Entwicklung im ICT geht rasch vorwärts und in ein paar Jahren wird sowieso wieder alles anders sein. Die Vor- und Nachteile sowie Abklärungen des Stadtrates betreffend der OpenSource-Software werden zudem unter dem Kapitel 2 Bst. d des stadträtlichen Berichtes aufgeführt.

Denise Meyer (SVP) fügt als SBK-Mitglied an, dass all die Fragen bereits in der Kommission behandelt wurden. Sie finde die Rückweisung des Geschäfts bringe ausser einem zeitlichen Mehraufwand gar nichts.

Stadtrat Daniel Muri meint, es seit natürlich schon nicht so, dass man sich nicht schon vor der heutigen Sitzung mit all den Fragen befasst habe. Grundlage für die stadträtliche Vorlage bildeten ja auch die ausführlichen Beilagen dazu, welche von Spezialisten erstellt wurden. Mit der vorgeschlagenen Lösung bzw. Nutzung von bereits vorhandener Infrastruktur konnten die Investitionskosten bereits von CHF 550'000.- auf CHF 275'000.-- gesenkt werden. Sollte man sich schlussendlich für andere Lösungsvarianten entscheiden, so dürfte dieser Betrag bei weitem nicht ausreichen. Computerfragen sind meist auch Glaubensfragen und er kann die bereits gemachten Aussagen bestätigen, dass es sich um eine Hardware-Vorlage handelt. Und wie wir alle wissen, sind heute gefällte Entscheide im Informatikbereich ja nicht in Stein gemeisselt. Als neues Stadtratsmitglied erstaune ihn der politische Prozess schon etwas, hatte man das Geschäft an eine Kommission zur Vorberatung überwiesen, in welcher sich Spezialisten ebenfalls mit verschiedensten Fragen befasst hatten. Der Stadtrat sieht keine Vorteile, welche eine Rückweisung der Vorlage mit sich bringen könnte, weshalb er dem Rat beliebt macht, diesen auch nicht zu unterstützen.

Hanspeter Zumsteg (GL) sagt, er selbst mache auch EDV-Support im Geschäft und so kann er bestätigen, dass Supportkosten immer hoch sind, dies unabhängig vom Betriebssystem. Bei der diskutierten Investition geht es wirklich nur um die Hardware-Anschaffung. Und in rund fünf Jahren müssen die heutigen Hardware-Anschaffungen sowieso wieder ersetzt werden. Spätestens dann kann man auch grundsätzliche Fragen betreffend anderen Lösungsvarianten diskutieren. Er bittet den Rat, den Rückweisungsantrag ebenfalls abzulehnen und dem Stadtrat freie Hand für die Investition zu lassen, welche im Moment wohl schon die günstigste und beste Lösung sein dürfte. Schliesslich kann man auch unabhängig der Hardware immer wieder das Betriebssystem auswechseln. Er findet es einen absoluten Affront, dass eine vorberatende Kommission mit einstimmig beschlossenen Empfehlungen und Anträgen an den Rat gelangt, welche dann von diesem an der Sitzung hinterfragt werden. Alle Ratsmitglieder mit schlaunen Ideen und Vorschlägen hatten schliesslich auch die Möglichkeit und genügend Zeit, diese in der Kommission einzubringen.

Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass er vorgängig sein Votum als Einzelsprecher und nicht als Fraktionssprecher abgegeben hatte.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) sagt, es handle sich nicht um eine alleinige Hardware-Vorlage, denn auch bei diesem Geschäft gehe es zumindest teilweise um Software. Die SBK hatte bereits bei der Überweisung den Auftrag erhalten, Alternativen und Lösungsvarianten zu prüfen und so ist es für ihn nicht nachvollziehbar, weshalb man beispielsweise das Puavo-Programm nicht in der Nachbargemeinde Bubendorf angeschaut hatte.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) unterbricht den Votanten und bittet die Ratsmitglieder, auf Wiederholungen zu verzichten und sich nur zum Rückweisungsantrag zu äussern.

Diego Stoll (SP) stellt den Ordnungsantrag gemäss § 75 des ER-Reglementes und verlangt, dass nun unabhängig der Rednerliste über den Rückweisungsantrag abgestimmt wird, da diesbezüglich die Meinungen gemacht sind.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass vom Rat das Vorgehen und der Ordnungsantrag nicht bestritten werden.

://: Der Rückweisungsantrag von Patrick Mundschin (CVP/EVP/GLP-Fraktion) wird bei 2 Enthaltungen grossmehrheitlich abgelehnt.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) erklärt, dass sich die Ratsmitglieder nun melden möchten, welche inhaltlich etwas zum Geschäft sagen möchten.

Lisette Kaufmann (GL) sagt, dass die Grüne Fraktion sich für den SBK-Bericht bedanken möchte. Ihre Fraktion stimmt den stadträtlichen Anträgen zu und kann den zweiten SBK-Antrag mit der Ergänzung betreffend den Abschreibungen nicht unterstützen.

Bruno Imsand (FDP) nimmt Bezug auf den zweiten Stadtratsantrag und stellt fest, dass es sich beim Betrag von CHF 36'000.-- um den eigentlichen Nachtragskredit für das Jahr 2015 handelt, die weiteren jährlichen Kosten ab dem Jahr 2016 von CHF 83'000.-- aber im jeweiligen Budget zu veranschlagen sind. Analog der Ergänzung der SBK betreffend den Abschreibungen gehört deshalb auch der zweite Teil des Stadtratsantrages nicht in den heutigen Ratsbeschluss.

Marianne Quensel (SP) erklärt, auch die SP-Fraktion wird grossmehrheitlich den Anträgen zustimmen. Das ICT-Manual ist von der Lehrerschaft bzw. den ICT-Delegierten sowie künftigen Anwendern erstellt worden und deshalb hatte die SBK auch nicht mehr alle Lösungsvarianten in Frage gestellt.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) informiert nach Rücksprache mit der SBK-Präsidentin und dem Stadtrat darüber, dass beim 2. Antrag die gewünschte Ergänzung der SBK betreffend den Abschreibungen zurückgezogen wird und sich der Stadtrat mit der Streichung des zweiten Teiles betreffend den jährlichen Kosten von CHF 83'000.-- ab dem Jahre 2016 einverstanden erklären kann.

://: Der Einwohnerrat bewilligt den Sondervorlagenkredit für die Einführung der ICT an den Schulen der Stadt Liestal in der Höhe von CHF 275'000.-- mit 36 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung.

://: Der Einwohnerrat bewilligt die neuen jährlichen Kosten für Wartung und Unterhalt der ICT im Bildungsbereich ab August 2015 in der Höhe von CHF 36'000.-- mit mit 36 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung.

**314 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**4. GEP / Genereller Entwässerungsplan, Revision - Bericht der Bau- und Planungskommission (Nr. 2015/189)**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Thomas Eugster (FDP) stellt als BPK-Vizepräsident den Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) gemäss Vorlage Nr. 2015/189a vor: Das Geschäft ist an einer Kommissionssitzung beraten worden und betreffend den Teilbereichen bzw. dem GEP in der Übersicht wird auf Kapitel 2 des Berichtes verwiesen. Über die in der BPK diskutierten Detailpunkte betreffend Revisionshäufigkeit, Speichermedien der Kanalfernsehaufnahmen, Abschätzung des Sanierungsbedarfs sowie den Zusammenhang der GEP-Revision mit der Abwasserreglement-Überarbeitung wird auf die Ausführungen des Kapitel 3 verwiesen. Die BPK beantragt einstimmig, dem stadträtlichen Antrag zuzustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) meint, eine Überweisung der Vorlage an die BPK habe sich gelohnt. Der BPK konnte die Notwendigkeit der GEP-Revision aufgezeigt werden und angesichts der grossen Bautätigkeit in Liestal ist es wichtig, dass man auch den Zustand der Werkleitungen im Boden kennt und deren Wert erhalten werden kann. Der Terminplan gemäss Punkt 4 der stadträtlichen Vorlage verhält nicht mehr und so möchte ihre Fraktion wissen, ob die Arbeiten schon vergeben wurden und ob die Verzögerungen für das Budget 2016 relevant sind. Die Mittefraktion wird den Anträgen zustimmen.

Pascal Porchet (FDP) legt dar, auch die FDP-Fraktion stimme den Anträgen der BPK und des Stadtrates zu. Da in der Kommissionsberatung Klarheiten geschaffen werden konnten, ist der BPK-Antrag wohl auch einstimmig gefällt worden. Das Resultat der GEP-Revision wird dann eine Preisetikette bekommen, welche dann vermutlich schon erschrecken dürfte. Ein Durchpauken des neuen Abwasser-Reglementes ist für ihn nicht so wichtig und dringend, denn die Folgekosten und Investitionen nach der GEP-Revision müssten ja bei der Festlegung der neuen Gebühren mitberücksichtigt werden.

Fabian Eisenring (SP) dankt für die Kommissionsarbeit der BPK und informiert darüber, dass auch seine Fraktion den Anträgen zustimmen wird.

Hanspeter Zumsteg (GL) bemerkt, dass es beim GEP um eine übergeordnete Planung aller nötigen Investitionen im Abwasserbereich geht und so war es auch richtig und wichtig, dass die diesbezüglichen Fragen der BPK auch von Sachverständigen der Verwaltung kompetent beantwortet werden konnten. Seine Fraktion stimmt den Anträgen ebenfalls zu.

Markus Rudin (SVP) dankt namens der SVP-Fraktion allen Beteiligten für die gute sowie effiziente Arbeit im Zusammenhang mit dem vorliegenden Geschäft und kann darüber informieren, dass auch seine Fraktion dem beantragten Kredit zustimmen wird.

Stadtrat Franz Kaufmann dankt für die gute Aufnahme im Rat. Betreffend der Ausarbeitung des neuen Abwasserreglementes dürften genügend Daten der letzten GEP-Revision vorhanden sein, um die Investitionskosten der nächsten Jahre abschätzen zu können und nach Vorliegen der neuen Revisionsresultate dürften wohl nur noch Justierungen nötig sein. Er hatte sich ja an der August-Sitzung für eine Direktberatung ausgesprochen, muss aber nachträglich eingestehen, dass die Kommissionsberatung doch wichtig und sinnvoll war.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass die Frage ihrer Fraktionskollegin Vreni Wunderlin noch nicht beantwortet wurde.

Stadtrat Franz Kaufmann beantwortet die Frage der Mittefraktion damit, dass lediglich Offerten eingeholt und sonstige Vorarbeiten gemacht wurden. Die finanziellen Kosten für die Jahre 2015 und 2016 kann er hier und heute nicht beziffern.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Die beiden Anträge des Stadtrates und der BPK sind identisch.

://: Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig den Bruttokredit für die GEP-Revision im Betrag von TCHF 442.8 (inkl. MwSt.) zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung, Investitionskonto 7201.5290.0102.

**315 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**5. Ausgleichsinitiative - Nichtformulierte Initiative (Gemeindeinitiative) über den Ausgleich der Sozialhilfekosten (Nr. 2015/205); Bericht Stadtrat zum Postulat „Gemeindeinitiative für eine fairere Verteilung der Sozialhilfekosten unter den Gemeinden“ von Lisette Kaufmann der Grünen Fraktion und Patrick Mägli der SP-Fraktion (Nr. 2015/178)**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadtpräsident Lukas Ott führt aus, die Vorlage beruhe auf dem Postulat Nr. 2015/178 und Liestal ist die erste Gemeinde, welche die Ausgleichsinitiative formell zur Beschlussfassung unterbreitet. In Gesprächen mit anderen Gemeindevertretern konnte er feststellen, dass die Problematik ganz allgemein anerkannt wird, obwohl diese vielleicht nicht ganz so stark betroffen sind, wie dies bei den federführenden Gemeinden der Fall ist. Man muss natürlich ergebnisoffen bleiben, doch wichtig ist ja insbesondere, dass man an einem Ergebnis arbeitet. Die Solidaritätsgemeinschaft der Gemeinden unseres Kantons wird dadurch belastet, dass die Betroffenheit betreffend der überproportionalen Sozialhilfekosten-Belastung nicht bei allen Gemeinden gleich gross ist. Es ist auch nicht einleuchtend, dass man zwar Ausgleichsmechanismen unter den Gemeinden wie beispielsweise den Finanzausgleich habe, doch berücksichtigt man dabei nur die Finanzstärke und die Lasten der Gemeinden überhaupt nicht. Im Fall von Liestal muss die Sozialhilfekostenentwicklung als dramatisch bezeichnet werden, hatten diese doch in den Jahren 2013 - 2015 um rund 50 % bzw. brutto von 8 Mio. auf 12 Mio. Franken zugenommen, wobei gemäss kantonaler Statistik eine Zunahme von 17 % alleine in Liestal stattgefunden hatte. Mögliche Gründe dafür dürfte die Verfügbarkeit an günstigen Wohnungen, eine gute ÖV-Anbindung, die Gewährleistung der Anonymität, ein gutes Beratungsstellen-Angebot usw. sein. Der finanzielle Lastenausgleich unter den Gemeinden muss auch ohne Zutun des Kantons funktionieren. Mit dem im Kapitel 3 definierten und unterbreiteten Lösungsvorschlag bzw. der unformulierten Gemeindeinitiative wird auch eine gewisse Ergebnisoffenheit unterstrichen. Bei einer Annahme der Ausgleichsinitiative könnte Liestal mit einer finanziellen Entlastung von netto rund 2 Mio. Franken rechnen. Das Gegenargument, dass bei einer Gutheissung der Ausgleichsinitiative bzw. einem Kostenausgleich der Anreiz zum Sparen fehlen dürfte, verhält nicht, da 30 % der Kosten nicht umverteilt werden und der interne Verwaltungswand weiterhin bei den Gemeinden bleibt. Er bittet den Rat, den stadträtlichen Anträgen und der Ausgleichsinitiative zuzustimmen.

Patrick Mägli (SP) dankt dem Stadtrat als Mitverfasser des Postulates Nr. 2015/178 dafür, dass dieser zusammen mit anderen Gemeinden aktiv geworden ist und die Initiative lanciert hatte. Bereits im Zusammenhang mit der Überweisung hatte er darauf hingewiesen, dass einzelne Gemeinden wegen den Sozialhilfekosten überproportional belastet und bestraft werden, nur weil sie über Vorteile wie günstigen Wohnraum usw. verfügen. Im Baselbiet sind die Sozialhilfekosten im Vergleich mit den übrigen Kantonen eigentlich gar nicht so hoch, problematisch ist aber, dass diese Lasten unter den Gemeinden sehr ungleich verteilt sind, was ja auch im stadträtlichen Bericht mit Statistiken belegt wird. Liestal steht ja zu seinen Sozialhilfebezügern und kann trotz der dramatischen Entwicklung die Folgekosten einigermaßen gerade noch so tragen, doch darunter leidet trotz grossen Anstrengungen der finanzielle Handlungsspielraum, welcher ohnehin gering ist. Für andere kleinere Gemeinden mit ähnlicher Betroffenheit, ist aber diese ausserordentliche Belastung finanziell nicht tragbar und es besteht Handlungsbedarf. Eine Lösung dürfte die Ausgleichsinitiative sein, welche bei einer Annahme der Initiative zu einer gerechteren Verteilung der Sozialhilfekosten führen wird. Wichtig ist, dass der Einwohnerrat diese Initiative und die stadträtlichen Anträge mög-

lichst breit unterstützen wird und damit ein Zeichen setzen wird. Die SP-Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) erklärt, der Zustand betreffend der Sozialhilfekosten sei unlängst ein Problem. Und so kann es nicht sein, dass einige Gemeinden erfolgreich den Bau günstiger Wohnungen verhindern und notfalls gar selbst mieten, damit schon gar keine Sozialhilfebezüger zuziehen können. Im Kanton liegt das Gesetz über den innerkantonalen Finanzausgleich auf dem Tisch, doch ist die Mitberücksichtigung der Sozialhilfekostenverteilung bei der Gesetzgebung nach regen Diskussionen vom Finanzdirektor vehement abgelehnt worden. Bei der Ausgleichsinitiative handelt es sich um eine vernünftige Kompromisslösung und überzeugende Arbeit, wofür er dem Stadtrat gratulieren und auch danken möchte. Wichtig ist auch, dass man in diesem Zusammenhang nicht nur die finanziellen Vor- und Nachteile thematisiert, sondern dass die Gemeinden beweisen können, dass sie grundlegende Probleme gemeinsam und solidarisch angehen und auch lösen können.

Hanspeter Meyer (SVP) teilt mit, auch die SVP-Fraktion freue es, dass die Gemeindeinitiative zustande kommt und sie wird einstimmig die stadträtlichen Anträge unterstützen. Wenn man die statistischen Zahlen im stadträtlichen Bericht analysiert, so fällt auf, dass der Zustrom an Sozialhilfebezügern bei einzelnen Gemeinden nicht alleine mit günstigem Wohnraum begründet werden kann, sondern auch andere Aspekte wie eine gute Verkehrsanbindung ebenfalls eine wichtige Rolle spielen dürften. Bei einer Annahme der Initiative dürften dann auch Abschiebungen von Sozialhilfebezügern auf andere Gemeinden weniger vorkommen.

Daniel Spinnler (FDP) meint, als FIKO-Präsident würde er natürlich gerne zur Kenntnis nehmen, dass Liestal bei einer Annahme der Initiative eine Entlastung von rund 2 Mio. Franken erfahren wird. Seine Fraktion ist der Meinung, dass die lancierte Initiative eine gute Sache sei, doch wird damit das Grundproblem nicht angegangen. Unser Kanton hat nämlich einen Konstruktionsfehler, indem der Kanton den Gemeinden sagt, was sie zu tun haben. Gemäss Verfassung ist es aber beispielsweise im Kanton SG so gelöst, dass nur diejenigen Aufgaben vom Kanton erledigt werden, die von den Gemeinden nicht aus eigener Kraft gelöst werden können. Dieser umgekehrte Ansatz ist nicht so zentralistisch und eine solche Lösung sollte auch im Kanton Baselland thematisiert werden, denn damit würden die ganzen Diskussionen betreffend dem Hin- und Herschieben von Geldern, einem gerechten Finanzausgleich, der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden etc. weniger werden oder gar wegfallen. Mit der Ausgleichsinitiative könnte ja dieser mögliche Diskussionspunkt angeregt werden. Ein Pooling ist nicht unbedingt immer sinnvoll und kann durchaus zu Fehlansätzen führen, doch auch die FDP-Fraktion wird die Anträge des Stadtrates im Zusammenhang mit der Ausgleichsinitiative unterstützen.

Lisette Kaufmann (GL) meint, zu diesem Geschäft sei schon viel und Wichtiges gesagt worden. Die Grüne Fraktion ist froh über den Lösungsvorschlag des Stadtrates und wird die Anträge einstimmig unterstützen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) weist darauf hin, dass die Zunahme bei den Sozialhilfebezügern und Arbeitslosen enorm ist. Als Sozialhilfebezüger kann man sich in Liestal sicher anonymer als in einem Dorf bewegen, was ein wesentlicher Punkt sein dürfte, dass Liestal sehr stark betroffen ist.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

- ://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig, die nichtformulierte Gemeindeinitiative betreffend Ausgleich der Sozialhilfekosten «Ausgleichsinitiative» gemäss § 49 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft in Verbindung mit § 47 Abs. 1 Ziff. 17 des Gemeindegesetzes zu unterstützen.
- ://: Einstimmig wird der Stadtrat ermächtigt, die Initiative notwendigenfalls zurückzuziehen.
- ://: Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt und die Gemeinde Grellingen als federführende Gemeinde bezeichnet.

## **Mitteilungen des Ratsbüros (2. Teil)**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) informiert die Ratsmitglieder über folgende Entscheide des Ratsbüros, welche an einer ausserordentlichen Bürositzung in der Sitzungspause gefällt wurden:

- **Budget 2016 / ER-Sitzung vom 09.12.2015 - Versand**

Der FIKO-Bericht und der BPK-Bericht werden in einem Nachversand erst am 30.11.2015 „elektronisch“ (Mail mit pdf-Datei) den Ratsmitgliedern zur Kenntnis gebracht. Die Zustellung in Papierform wird innert der reglementarischen „Nachversand-Frist“ bis spätestens am 02.12.2015 möglich sein.

Je nach Traktandenliste/Umfang des „ordentlichen“ Versandes wird am Versand-Tag vom 25.11.2015 bzw. dem „Redaktionsschluss“ für Sitzung vom 09.12.2015 noch kurzfristig entschieden, ob es nur 1 Versand am 30.11.2015 geben wird. Somit würde es keinen „Nachversand“, sondern eine Versand-Verschiebung vom 25.11.2015 auf neu 30.11.2015 geben.

Der Detail-Terminplan betreffend dem Budget 2016 wird den Ratsmitgliedern noch diese Woche vom Ratsschreiber bekannt gegeben.

- **Einwohnerratssitzung vom 18. November 2015**

Das Ratsbüro hatte an der Bürositzung vom 22. Oktober 2015 eine Absage der November-Sitzung mangels Traktanden in Erwägung gezogen, nun aber an der vorgängigen Bürositzung entschieden, dass diese wegen neuer Erkenntnisse nun doch stattfinden wird.

Die zu traktandierenden Vorlagen und Berichte müssen beim Ratsschreiber bis zum Redaktionsschluss vom 04.11.2015, 07.00 Uhr, vorliegen.

**316 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**6. WLAN im Stedtli - Bericht Stadtrat zum Postulat „Öffentliches WLAN im Stedtli zur Attraktivitätssteigerung der Liestaler Innenstadt“ von Corinne Hügli der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2015/172)**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) hält stellvertretend für die Postulantin Corinne Hügli fest, dass die Verfasserin des Vorstosses ein einheitliches öffentliches WLAN-Netz zusammen mit den KMU's wollte. In der stadträtlichen Antwort geht man insbesondere auf die Kostenfolgen eines solchen Angebotes und eine Zusammenarbeit mit bereits bestehenden Anbietern bzw. weiteren möglichen KMU's wird nicht thematisiert. Ein grossflächiges Public-WLAN bringt Vorteile gegenüber einzelnen Angeboten, da man sich nicht immer wieder einloggen müsste. Die Offerten wurden für ein stadtweites WLAN-Angebot eingeholt, welche doch ziemlich teuer und preislich recht unterschiedlich sind. Mit Hinweis auf andere Städte, die diesbezügliche Versuche bereits abgebrochen hatten, soll nun auch die Angelegenheit für Liestal erledigt sein. Es gibt aber auch Städte wie St. Gallen usw., die gute Erfahrungen gemacht haben. Die sehr kurze Antwort des Stadtrates erstaunt die Mittefraktion und auch die Postulantin und frühere Ratskollegin ist nicht wirklich glücklich mit dem stadträtlichen Bericht, zumal der Stadtrat sich ja an der Sitzung vom 29. April 2015 bereit erklärt hatte, den Vorstoss zu übernehmen. Man möchte deshalb vom Stadtrat wissen, ob das Postulat bzw. ein gemeinsames Postulat mit den KMU's geprüft wurde und wenn ja, warum man den Vorschlag eines öffentlichen WLAN verworfen hatte. Und wenn keine Abklärungen mit den KMU's getroffen wurden, möchte man den Grund dafür kennen. Ihre Fraktion bedauert es, dass die gute Chance eines öffentlichen WLAN nicht genutzt wurde und nicht alle Fraktionsmitglieder werden der beantragten Abschreibung des Postulates zustimmen.

Karin Jeitziner (FDP) dankt dem Stadtrat für die Postulatsbeantwortung und hält fest, dass die Kostenfolgen schon bei der Überweisung des Vorstosses thematisiert wurden. Ihre Fraktion wird der Abschreibung des Postulates zustimmen.

Fabian Eisenring (SP) dankt dem Stadtrat für seine Kurzinformation zu diesem Vorstoss. Auch die SP-Fraktion hatte ursprünglich den Vorstoss als eine gute Idee gefunden, merkte aber zwischenzeitlich auch, dass es im Zeitalter der Smartphones länger und mehr einfacher und günstiger wird, sich einen Internet-Zugang zu verschaffen. Auch gibt es bereits einige Unternehmer im Stedtli, welche ein öffentliches WLAN zur Verfügung stellen. Auch die rechtlichen und finanziellen Punkte sind weitere Aspekte, die seine Fraktion dazu bewogen haben, den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen.

Stadtpräsident Lukas Ott macht den Ratsmitgliedern nach wie vor beliebt, den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen. Die Bereitwilligkeit des Stadtrates zur Übernahme eines Postulates heisst ja noch nicht, dass dieser die Begehrlichkeiten und Vorschläge des Vorstosses auch umsetzen möchte. Vielmehr wollte man das Postulat einfach prüfen und dann darüber berichten, wie es das Reglement auch vorsieht und was der Stadtrat auch im vorliegenden Fall getan hatte. Wie bereits erwähnt, ist WLAN in den meisten Fällen auch ständig verfügbar und so sind ihm persönlich auch nicht viele Leute im Stedtli aufgefallen, welche verzweifelt nach einem öffentlichen WLAN gesucht hatten. Das Bedürfnis nach einem solchen WLAN-Angebot war bis anhin nicht an den Händen zu greifen und trotzdem hatte man das Anliegen nach der Postulatsüberweisung angeschaut. Mit Hinweis auf die grossen Herausforderungen an die Stadt möchte er den Einwohnerrat darum bitten, gewisse Priorisierungen vorzunehmen und deshalb auch das Postulat abzuschreiben.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren betreffend dem Geschäft angemeldet werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom Bericht des Stadtrates gemäss Vorlage Nr. 2015/172a.

://: Mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung wird vom Rat das Postulat Nr. 2015/172 als erfüllt abgeschrieben.

**317 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**7. Quartierplanung Ziegelhof - Interpellation „QP Ziegelhof - wie weiter“ von Diego Stoll der SP-Fraktion und Thomas Eugster der FDP-Fraktion (Nr. 2015/201)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

**Interpellation: QP Ziegelhof – wie weiter?**

*Am 3. September 2015 vermeldete die Basellandschaftliche Zeitung, dass Coop definitiv nicht ins Ziegelhof-Center ziehen, sondern stattdessen in der heutige Stabhof-Filiale verbleiben und diese ggf. um-/ausbauen werde. Sowohl Stadtpräsident Lukas Ott als auch KMU Liestal-Sprecher Michael Bischof äusserten sich durchwegs positiv zu dieser Entscheid. Für Liestal zeichne sich eine „Batzen-und-Weggli“-Situation ab; ausserdem gebe es genügend Anhaltspunkte dafür, dass sich das Ziegelhofareal auch ohne Coop entwickle und keine Brache bleibe. Die Bovida Invest AG, Investorin beim Ziegelhof, liess ihrerseits ausrichten, dass das Projekt auf alle Fälle weiterverfolgt werde, zumal es genügend Interessenten gebe; spätestens im Frühjahr 2016 werde ein Baugesuch eingereicht.*

*Insgesamt lässt sich also feststellen, dass die neuste Entwicklung beim Ziegelhofareal von allen Seiten positiv aufgenommen wird; ergänzend drängen sich aus Sicht der Interpellanten die folgenden Fragen auf:*

- 1. Ist es richtig, dass der Quartierplan Ziegelhof in der Fassung der Volksabstimmung vom 23. September 2012 auch nach dem Rückzug von Coop rechtsgültig ist?*
- 2. Welche Anhaltspunkte gibt es dafür, dass sich das Ziegelhofareal auch ohne Coop entwickeln und keine Brache bleiben wird?<sup>1</sup>*
- 3. Hat der Entscheid von Coop Auswirkungen auf die sog. Powerblock-Strategie<sup>2</sup> der Stadt Liestal?*
- 4. Worin liegt der Handlungsspielraum der Stadt Liestal, um die weitere Entwicklung des Ziegelhofareals positiv beeinflussen zu können (die Frage zielt einerseits auf die Vermeidung einer Brache beim Ziegelhof, andererseits auf die Weiterverfolgung der Powerblock-Strategie ab)?*
- 5. Steht die Stadt Liestal in periodischem Kontakt mit dem Investor, um frühzeitig über allfällige Änderungen/Anpassungen des Projekts orientiert zu sein?*
- 6. Gibt es konkrete Ausbau-/Änderungspläne von Coop am aktuellen Standort (Stabhof), die der Stadt bereits bekannt sind?*

Diego Stoll  
SP-Fraktion

Thomas Eugster  
FDP-Fraktion

\* \* \* \* \*

---

<sup>1</sup> Den Interpellanten ist die Antwort des Stadtrats zur Frage 11 gemäss Fragestunde vom 26. August 2015 bekannt; vielleicht hat sich die Situation angesichts der neusten Entwicklung ja verändert.

<sup>2</sup> Diese Strategie geht auf die sog. Geiger-Studie zurück; danach sollen die Powerblocks Migros, Manor, Ziegelhof, Lüdin und Bahnhof die Konsumentinnen und Konsumenten von aussen anlocken und mit attraktiven Fusswegen („Shortcuts“) auf die andere Seite resp. ins Stedtl und den dort angesiedelten Läden führen.

Stadtrat Franz Kaufmann führt aus, dass die Fragen der Interpellanten von allgemeinem öffentlichen Interesse sein dürften. Nach dem Coop-Entscheid betreffend dem Verbleib am bisherigen Stabhof-Standort war ja klar, dass sich die involvierten Akteure neu orientieren mussten und diesbezüglich eine gewisse Diskretion gewahrt werden muss.

Zur Frage 1: Ja, das Quartierplan-Recht ist gültig für den ausgeschiedenen QP-Perimeter, dies unabhängig von Eigentümern, Mietern usw. Bei Bedürfnisänderungen sowie Anpassungen der Quartierplanung wäre eine Mutation notwendig, welche wiederum auch vom Einwohnerrat beschlossen werden müsste.

Zur Frage 2: Ja, es gibt Anhaltspunkte, dass es auch ohne Coop weitergehen wird. Gemäss Aussagen der Investorin Bovida Invest soll das Projekt weiter verfolgt werden.

Zur Frage 3: Die Powerblock-Strategie basiert auf der Geiger-Studie und ist ein möglicher Ansatz, wie man mit einer Altstadt umgehen kann. Der neue Powerblock „Post“ ist beispielsweise darin nicht enthalten und auch beim Ziegelhof-Projekt muss die weitere Entwicklung abgewartet werden. Froh ist natürlich nicht nur der Stadtrat darüber, dass Coop weiterhin zum Standort Liestal steht.

Zur Frage 4: Der Stadtrat agiert vor allem als Vermittler und letztlich sind es wirtschaftliche Aspekte, welche ein solches Projekt beeinflussen.

Zur Frage 5: Ja, der Stadtrat steht in regelmässigem Kontakt mit den Investoren und weiteren Beteiligten.

Zur Frage 6: Das Stabhof-Projekt ist dem Stadtrat bekannt und mit Coop findet demnächst eine Besprechung statt, damit beispielsweise die Bauarbeiten von Coop mit der Rathausstrassen-Sanierung koordiniert werden können usw.

Thomas Eugster (FDP) sagt als Interpellant, er sei mit den Antworten zufrieden und wünsche die Diskussion.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass im Rat die Diskussion nicht bestritten wird.

Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass die Antworten inhaltlich ganz allgemein gehalten wurden. Er finde die Powerblock-Strategie nach wie vor immer noch sinnvoll, ist mit dem Manor-Gebiet doch auch das umliegende Gebiet belebt worden. Er möchte den Stadtrat dazu ermuntern, das Konzept und die Strategie der Geiger-Studie grundsätzlich weiter zu verfolgen. Im Powerblock Ziegelhof wird beispielsweise das geplante Parkhaus gebraucht und die Angebotserweiterung an grossen Ladenflächen macht Sinn, da solche im Stedtli spärlich vorhanden sind. Gut ist natürlich, dass Coop den Stabhof nicht nur umbauen, sondern auch ausbauen möchte.

Diego Stoll (SP) hält als Mitunterzeichner der Interpellation fest, dass er nach den vorgängigen Ausführungen immer noch etwa gleich weit ist, wie nach dem Lesen des Zeitungsberichtes vom 3. September 2015. Der QP Ziegelhof ist von der Politik wohlwollend begleitet worden und diese hat ihren Job gemacht, obwohl man nun halt neue Gegebenheiten und mögliche Veränderungen zur Kenntnis nehmen muss. Er selbst begrüsst es auch, wenn der Coop im Stedtli bleiben und den heutigen Laden gar noch ausbauen würde. Noch unklar ist aber nach wie vor, was mit dem Ziegelhofareal passieren wird. Wichtig ist, dass dort etwas kommen wird, was eine gewisse Dynamik auslösen wird und das Areal nicht eine Brache bleiben wird. Er persönlich ist immer noch guten Mutes, dass beim Ziegelhofareal etwas Gutes kommen wird.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) meint, dass heute betreffend dem Ziegelhofprojekt schon viel geredet, aber noch nicht viel gesagt wurde. Er selbst ist etwas weniger optimistisch als sein Vorredner, denn mit dem neusten Entscheid von Coop ist ein weiteres Grossprojekt in Liestal gestorben, nachdem die Migros vor rund 10 - 15 Jahren ein grösseres Bauvorhaben neben dem Friedhof geplant, schlussendlich aber nicht realisiert hatte. Eine Brache beim Ziegelhof

wäre tatsächlich verheerend für Liestal und so sollte vom Stadtrat flankierend auch eine Zwischennutzung forciert werden.

Michael Durrer (GL) dankt dem Stadtrat für die stadträtlichen Antworten. Seine Fraktion habe erfreut davon Kenntnis genommen, dass Coop zumindest im Stedtli bleiben wird. Auch ist man daran interessiert, dass es beim Ziegelhofareal vorwärts geht und das Areal nicht weiter brach liegt. Man hofft, dass vom Investor bald ein neues Projekt präsentiert wird, welches bezüglich Grösse und Angebot auch zu Liestal passt.

Stadtrat Franz Kaufmann findet, dass mit Zweckpessimismus wohl gar nichts erreicht wird und solcher auch nicht förderlich ist. Liestal darf sich sicher an Projekten messen, welche bereits realisiert wurden und in städtebaulicher Hinsicht ist es für ihn nicht so wichtig, dass beim Ziegelhofareal ein Powerblock analog Manor, Migros usw. realisiert werden. Viel wichtiger ist es doch, dass das Ziegelhofareal mit seinen umliegenden neuen QP's entlang der Ergolz besser an das Stedtli angebunden werden können. Er ist überzeugt davon, dass das Ziegelhof nicht noch länger eine Brache bleiben wird, denn in dieses Areal wurde viel Kapital investiert und so dürfte eine baldmöglichste Entwicklung auch im Sinne der Eigentümer und Investoren sein.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass die Migros früher einmal ihre Schulen nach Liestal bringen wollte und vielleicht könnte dieses Vorhaben nun ja im Ziegelhofareal doch noch realisiert werden.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft und dem Vorstoss keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2015/201.*

**318 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**7. Social Media - Postulat „Social Media Präsenz der Stadt Liestal“  
von Fabian Eisenring der SP-Fraktion (Nr. 2015/202)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal  
Fabian Eisenring SP Fraktion*

*Liestal, 15. September 2015*

**Postulat – Social Media Präsenz der Stadt Liestal**

*Soziale Medien ermöglichen es, sich einerseits untereinander auszutauschen, aber auch Informationen und Wissen zu vermitteln. Tatsache ist, dass sich mit Social Media auch für Gemeinden neue Kommunikationskanäle öffnen lassen. Diese bieten neue Chancen, mit Bewohnerinnen und Bewohnern in Kontakt zu treten.*

*Bsp. Die Gemeinde Köniz ist auf verschiedenen Social-Media-Kanälen und steht über Twitter, Facebook, YouTube oder Flickr aktiv im Dialog mit der Bevölkerung. Fotos werden veröffentlicht, Veranstaltungen geteilt, kommentiert und geliked.*

*Liestal kommt somit nicht darum herum, sich mit dem Thema zu befassen. Das heisst nicht, dass sich Liestal für die Nutzung von Social Media entscheiden muss, die Möglichkeiten, Chancen und Risiken sollten aber geklärt werden.*

**Der Stadtrat wird eingeladen, mögliche Präsenz der Stadt Liestal in sozialen Medien zu prüfen und darüber zu berichten.**

*Fabian Eisenring  
SP-Fraktion*

\* \* \* \* \*

Stadtpräsident Lukas Ott sagt, dass der Stadtrat das Postulat nicht übernehmen möchte, obwohl man über eine diesbezügliche Relevanz diskutieren könnte. Er hat die verschiedenen Kanäle der im Vorstoss erwähnten Gemeinde Köniz angeschaut und das Gefühl bekommen, dass keine politisch relevanten Informationen darauf waren, die einen Mehrwert bieten würden. Erwähnt sei bei dieser Gelegenheit auch, dass Köniz rund 40'000 Einwohner zählt und alleine für den Informationsbereich in der Verwaltung 220 Stellenprozent zur Verfügung haben. Solche Stellenressourcen hat Liestal nun schlichtweg nicht. Wichtige und substanzielle Informationen der Stadt sind auf der Homepage eingestellt und dafür brauchte es bis jetzt auch keinen separaten Informationsdienst. Wenn man dem Stadtrat mehr Ressourcen geben möchte, so hätte dieser sicher genügend Ideen, wie diese eingesetzt werden könnten. Natürlich könnte man ein Angebot im Sinne des Postulanten kreieren, doch wären wir nicht in der Lage, ein solches bespielen zu können. So hätte schlussendlich auch niemand etwas von einem toten Facebook-Account der Stadt Liestal.

Fabian Eisenring (SP) dankt als Postulant für die Abklärungen und Erstinformationen. Social-Media ist ein Schlagwort, welches boomt und sich enorm entwickelt hat. Als Postulant wünschte er, dass sich der Stadtrat mit seinem diesbezüglichen Postulat doch etwas tiefer auseinander gesetzt hätte, denn es sind bereits 27 Städte in der Schweiz, welche beispielsweise Facebook nutzen. So auch St. Gallen, welche mit Social-Media ebenfalls schnell und einfach zugänglich sein möchte und den Dialog mit ihren Einwohnern zentralisieren möchte. Mit Social-Media öffnen sich neue Kommunikationskanäle und es bietet sich die Chance, mit der Einwohnerschaft, den Vereinen, Organisationen usw. in Kontakt treten und auf kommunale Veranstaltungen und Anlässe aufmerksam machen zu können. Nach wie vor ist er davon überzeugt, dass sich auch Liestal mit dem Thema Social-Media etwas vertiefter befassen sollte, weshalb er die Überweisung seines Postulates an den Stadtrat empfiehlt.

Hanspeter Meyer (SVP) berichtet, seine Fraktion spreche sich einstimmig gegen eine Überweisung des Vorstosses aus. Bereits beim vorgängigen Traktandum betreffend dem Postulat „WLAN im Stedtli“ sind mögliche Stellenbegehren zur Umsetzung solcher Begehrlichkeiten in Aussicht gestellt worden. Die Angebote von Social-Media-Känaelen werden immer grösser und unüberschaubarer, was gemäss kürzlich publizierten Studie gar zur Vereinsamung deren Nutzer führt. All die erwähnten Informationen können bereits heute abgerufen werden und eine Social-Media-Präsenz würde der Stadt nur Mehraufwand mit Folgekosten bringen.

Werner Fischer (FDP) meint, auch seine Fraktion spreche sich gegen eine Postulatsüberweisung aus, da für solchen Perfektionismus sowie die erwähnten Ansprüche einfach das Geld fehlt.

Anna Ott (GL) informiert, die Grüne Fraktion unterstütze die Meinung des Postulanten, dass Social-Media ein Kommunikationskanal ist, welcher auch für die Stadt Liestal attraktiv sein dürfte. Diese haben ja auch den grossen Vorteil, dass mit relativ wenig Aufwand doch sehr viele Leute erreicht werden und Informationen relativ einfach breit gestreut werden können. Natürlich nimmt eine solche Bewirtschaftung auch Ressourcen in Anspruch, doch muss dieses zusätzliche Angebot nicht unnötig aufgeblasen werden. Man kann ja auf das zurückgreifen, was man ohnehin schon produziert, indem man beispielsweise Medienmitteilungen ergänzend noch in den sozialen Medien präsentiert.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) bemerkt, in der Beratung sei schon mehrmals Social-Media versus Homepage erwähnt worden und sie möchte schon darauf aufmerksam machen, dass eine Homepage eine andere Funktion als die sozialen Medien habe. Bei einer Homepage holt man gezielt Informationen ab und bei den Social-Media-Känaelen erhält man Informationen automatisch, dies unabhängig davon, ob man diese will oder eben nicht. Auf jeden Fall erreicht man aber damit ein ganz anderes Publikum, doch müssen diese Informationen top-aktuell sein, weshalb logischerweise dafür auch personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen. Ihre Fraktion ist geteilter Meinung, ob man diese Topaktualität wirklich in Liestal mit den vorhandenen Ressourcen hin bekommt, deshalb ist man auch gespalten betreffend der Überweisung des Vorstosses.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) fügt hinzu, dass man schon das Liestal aktuell, die Schaukästen, Telefon, Telefax, Homepage usw. in der Liestal bereits habe und früher oder später wird es ohne Social-Media auch nicht gehen.

Diego Stoll (SP) bezweifelt, ob beispielsweise das amtliche Mitteilungsblatt Liestal aktuell von vielen Jugendlichen gelesen wird. Die Problematik sieht er darin, dass Social-Media-Känaele permanent à jour gehalten werden müssen und sollten dafür zusätzliche Stellenprozente nötig sein, würde er sich auch dagegen aussprechen. Gäbe es aber nicht einfache Lösungen, indem man die vorhandenen Daten der Homepage für Social-Media gebrauchen könnte, ohne dass dafür eine grössere Bewirtschaftung durch die Verwaltung nötig wäre?

Daniel Spinnler (FDP) bemerkt, bei den Social-Media hängt sehr viel von der Aktualität der Informationen statt. Dieses Thema könnte ja im Jugendkonzept thematisiert werden und von den Jugendlichen sowie dem Stadtrat selbst gelöst werden, denn dafür braucht es nun wirklich kein Postulat. Da Social-Media zusätzliche Ressourcen beanspruchen, wird er sich gegen die Überweisung des Postulates aussprechen.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 15 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen wird das Postulat Nr. 2015/202 nicht an den Stadtrat überwiesen.

**NEUE VORSTÖSSE - Begründung**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Nach Umfrage kann er feststellen, dass sich diesbezüglich keine Ratsmitglieder zu Wort melden.

\* \* \* \* \*

Schluss der Sitzung: 20.00 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Meret Franke

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann